

## Protokolleintrag vom 24.11.2021

2021/404

Postulat der SP- und Grüne-Fraktion sowie der Parlamentsgruppe EVP vom 07.10.2021:

**Grösserer unternehmerischer Handlungsspielraum für das Stadtspital unter angemessener demokratischer Mitbestimmung und Steuerung durch den Gemeinderat, Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten und den jeweiligen Vor- und Nachteilen**

*Marion Schmid (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Das Postulat verlangt einen Bericht mit einer Gegenüberstellung von Varianten. Einerseits soll das die bereits angekündete Variante sein, die vom Stadtrat favorisiert wird: die Ausgliederung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Gleichzeitig wollen wir eine Variante ohne Ausgliederung, sei das in der heutigen Rechtsform als Dienstabteilung oder als Eigenwirtschaftsbetrieb, beispielsweise durch Anpassung von Finanzkompetenzen oder Bezugspflichten, und durch Schaffung von Möglichkeiten für Beteiligungen. Der Bericht soll dem Gemeinderat die Möglichkeit eröffnen, beide Varianten in ihren Grundsätzen zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen, welche Variante weiterverfolgt und vom Stadtrat in einer Weisung vorgelegt werden soll. Das Ziel ist, dass das Stadtspital einen grösseren operativen Handlungsspielraum erhält, dass dabei eine angemessene demokratische Mitbestimmung und Steuerung sichergestellt sind, und dass die Weisung politisch mehrheitsfähig ist. Das Anliegen des Stadtspitals nach einem grösseren Handlungsspielraum liegt bereits lange auf dem Tisch und es herrscht ein weitgehender Konsens, dass dies in einem gewissen Umfang Sinn macht, wenn dabei die demokratische Steuerung sichergestellt ist. Die Geister scheiden sich bei den Fragen, welches der Ziele wie wichtig ist und vor allem welches die beste Form dafür ist. Es ist nicht übertrieben, in diesem Fall von einer gewissen Blockade zu sprechen. Das Ziel des Postulats ist es, der Blockade entgegenzuwirken und einen Prozess hin zu einer mehrheitsfähigen Lösung in Gang zu setzen. Das Ziel ist nicht, den Prozess zu verzögern, deshalb ist es zwingend, dass der Bericht bald vorgelegt und behandelt wird.*

Der Rat wird über den Antrag am 1. Dezember 2021 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat